

Stellungnahme zur Vorlage 1081-2007 „Jahresabschluss 2004 des Eigenbetriebes Kreiskrankenhäuser“

Anrede

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb hätte eigentlich Ende 2005 dem Kreistag vorliegen müssen. Wir haben ihn aber erst ein- einhalb Jahre später erhalten. Dies ist vom Grundsatz her ein Ver- stoß gegen das Eigenbetriebsgesetz. Sicher hat der Kreisaus- schuss uns immer wieder Begründungen für die verspätete Vorla- ge gegeben. Ich gebe zu, dass auch die CDU – Fraktion diese Be- gründungen nahezu klaglos hingenommen hat. Liest man den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer zur verspäteten Vorlage etwas genauer, so stellt man fest, dass hier sowohl ein Verschulden der Geschäftsführung als auch und hier beziehe ich mich auf die Aus- führungen des Kreisausschusses die notwendige Diskussion mit den Prüfern über die Bildung von ergänzenden Rückstellungen für Pensionen, Überstunden und Beihilfen für Pensionäre handelte. Was sollen wir also jetzt mit diesem Prüfbericht anfangen.
2. Nehmen wir die „historischen Daten“, ich habe hier die Wirt- schaftsprüfer zitiert, zur Kenntnis und haken den Bericht ab, oder nehmen wir diese Daten zum Anlass erneut über die Zukunft für unsere Krankenhäuser nachzudenken. Wir sind uns alle in diesem Hause einig, dass wir unsere Krankenhäuser für die Versorgung der Bevölkerung erhalten müssen. Müssen wir sie aber auch selbst betreiben?

Nun im Einzelnen zu dem Prüfbericht. Bisher haben wir uns bei der Konstruktion des Eigenbetriebes und den beiden GmbHs in Sicherheit gefühlt, dass diese Konstruktion rechtlich nicht angreifbar ist. Hier werden plötzlich Fragen aufgeworfen, die die finanzielle Situation des Eigenbetriebes noch unsicherer machen als sie schon ist.

3. Hätte dies nicht schon den vorhergehenden Prüfern auffallen müssen? Wenn es zu weiteren finanziellen Forderungen kommt, sind diese Prüfer haftbar zu machen. Wenig tröstlich ist die Bemerkung, dass keine rückwärtigen Kosten kommen können, da die Mitarbeiter nicht rechtzeitig Einspruch erhoben haben. Das neutrale Ergebnis wird durch Zuführungen zu Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 1,158 Mio. € belastet. Diese Wertberichtigungen betreffen die Jahre 1994 bis 2003.
4. Warum sind diese Berichtigungen nicht schon viel früher vorgenommen worden bzw. die Fehler in der Debitorenbuchhaltung nicht früher beseitigt worden? Das hätte möglicherweise die guten Ergebnisse der vergangenen Jahre belastet. Aber uns schon viel früher ein Warnsignal zur Situation unserer Krankenhäuser gegeben.
5. Es ist sicher aus bilanztechnischen Gründen möglich, den Rechnungszins für die Pensionsrückstellung auf den untersten möglichen Wert zu setzen. Aber entspricht das auch einem sinnvollen kaufmännischen Gebaren. Wir hätten uns hier eine klare Begründung für das Verfahren gewünscht.
6. Aber auch die Berichterstattung an die Aufsichtsgremien steht in der Kritik der Wirtschaftsprüfer. Nicht im Umfang, hier wird es sogar gelobt, aber in Hinblick auf das Zahlenmaterial das vorgelegt

wurde. Diese Zahlen haben nach Meinung der Prüfer nicht in jedem Fall einen zutreffenden Eindruck von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt. Damit kann ein Aufsichtsgremium dann auch nicht eingreifen, um rechtzeitig gegenzusteuern. Die Klinikleitung selbst hält es in ihrer Einschätzung der zukünftigen Risiken für notwendig das vorhandene Leistungsspektrum zu erweitern. Es ist aber unverständlich, dass die erst Ende Oktober 2006 so deutlich dargestellt und gleichzeitig wieder ein Bremse eingebaut wird, in dem sie feststellt, dass dies erst möglich sein wird, wenn die ärztliche Führungsebene innerhalb der nächsten 4 Jahre neu besetzt ist. Bis dahin werden wir also weiter möglicherweise steigende Verluste produzieren.

7. Hätten die Mängel in der Debitorenbuchführung früher erkannt werden können, wenn es eine interne Revision gegeben hätte? Warum ist diese nicht eingerichtet oder wird durch die entsprechende Fachabteilung des Landkreises wahrgenommen? Hier steht der Kreisausschuss in der Verantwortung.

Der Kreistag muss sich allerdings auch klar werden, wenn die Krankenhäuser erhalten werden sollen, wo er das Geld für die notwendige Erhöhung des Eigenkapitals nimmt.

Die CDU – Fraktion wird der Vorlage nicht zustimmen.